

Kongressentwurf für das Politische Dokument**Vereinigt Euch für eine linke Alternative in Europa****Einführung: Europa in einer existenziellen Krise, die Schlüsselrolle alternativer Kräfte und der EL**

Europa erlebt die schlimmste Krise in seiner Geschichte seit den Dreißiger Jahren und dem 2. Weltkrieg.

Laut der Versprechungen jener Kräfte, die Europa beherrschen, sollte das europäische Projekt eines des Friedens und sozialen Fortschritts sein, wird nun aber in einen Alptraum verwandelt, bei dem die einzige Aussicht, die den Völkern Europas angeboten wird, ein brutaler und allumfassender sozialer Rückgang ist. Ganz Europa wurde ins Chaos geworfen durch die Krise des finanzkapitalistischen Systems, deren soziale und ökologische Folgen die Menschheit und den Planeten mit beispielloser Gewalt getroffen haben, sowie durch die Krise eines Modells der Europäischen Union, das unter Aufsicht der Finanzmärkte aus einer ultraliberalen Form gegossen wurde.

Die globale Krise des Kapitalismus trifft nach Jahrzehnten der Profitakkumulation und der massiven Umverteilung von Reichtum und Macht in die Hände des Kapitals auf die eine oder andere Art jedes Land und jeden Aspekt des Gesellschaftslebens. Extreme Sparpolitik, schrumpfende und prekäre Beschäftigung, Privatisierung von öffentlichen Gütern und Unternehmen, Zerstörung eines großen Teils der Produktivkräfte, eine dramatische Einschränkung des Wohlfahrtsstaates, Schwächung der demokratischen Institutionen, das Anwachsen von Unterdrückung und Notstandsermächtigungen wurden alle dazu genutzt, die Dominanz des Kapitals und der globalen Profitabilität aufrecht zu erhalten.

Die Situation ist für die Völker Europas unerträglich geworden. Austeritätspolitik und Autoritarismus werden als Teil der europäischen Strategie der Oligarchen angewandt, um die Menschen zu beherrschen. Während die Banken „gerettet“ werden, werden die Staatsausgaben geopfert und die Arbeitslosigkeit explodiert. Während Unternehmenssteuern und Steuern auf große Vermögen kontinuierlich gesenkt werden, wird die Bevölkerung mit ungerechten Steuern überhäuft. Löhne werden gesenkt, während die Unternehmensprofite und die damit zusammenhängenden Ungleichheiten steigen. Aufgrund von Spekulation haben ganze Familien ihr Heim verloren. Die nicht nachhaltige Ressourcennutzung wird insbesondere durch produktivistische Modelle der Landwirtschaft, der Fischerei und Nutztierhaltung sowie durch Spekulation auf den Agrarmärkten angetrieben, während Kleinbauern und Fischer nichts zum Leben haben und der Klimawandel die Menschheit bedroht. Während unser Denkansatz nach mehr Gleichheit strebt, gab es einen Anstieg von Ausbeutung, Gewalt und Frauenhandel. Ebenso gab es einen Anstieg von Gewalttaten aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität. Während die Bestrebungen hin zu mehr Demokratie wachsen, nehmen Freiheitsverletzungen und Repressionen zu. Während Frieden notwendiger denn je erscheint, entscheiden sich die europäischen Oberhäupter den Weg des Atlantizismus und der militärischen Interventionen zu gehen.

Der Pfad, auf dem sich Europa befindet, ist eine tragische Sackgasse. Dieser Pfad führt den gesamten Kontinent in die Rezession und leitet die Europäische Union in eine existenzielle Krise. Jenseits der EU-Grenzen erfahren alle europäischen Länder politische und soziale Turbulenzen, die

den Kontinent in den kommenden Jahrzehnten umgestalten werden. Die europäischen Staatsoberhäupter und alle Kräfte, die deren Projekte in den nationalen Parlamenten sowie dem Europäischen Parlament unterstützt haben, tragen daran eine schwere Verantwortung. Sehr häufig wurden sie durch den Konsens der rechtskonservativen, liberalen, sozialdemokratischen und grünen Kräfte unterstützt.

Heute müssen wesentliche Entscheidungen getroffen werden. Es wird nicht möglich sein, den Status quo aufrechtzuerhalten oder zurück zu gehen. Wenn die gegenwärtigen Entscheidungen beibehalten werden, wird die EU mehr und mehr auf einen autoritären Verwalter und Produzenten sozialer Regression reduziert, der jede Idee von Solidarität und europäischer Gerechtigkeit bedroht. Wir schlagen vor, dass darunter wird ein Strich gezogen und ein anderes europäisches Projekt in die Wege geleitet wird; eines, das auf den Interessen der Menschen und dem Respekt ihrer Souveränität beruht, um der europäischen Integration wieder eine Bedeutung zu geben.

Für uns stellt sich nicht die Frage, ob wir auf den Zerfall der Europäischen Union und die Monster, die aus den Trümmern hervorkriechen könnten, warten, noch auf Begünstigung nationalistischer Lösungen, die die Menschen gegeneinander aufwiegeln. Die europäische Linke, die wir repräsentieren, ist internationalistisch und steht solidarisch zusammen. Wir streben nach einer sozialistischen Alternative, einer Gesellschaft befreit von Ausbeutung, Unterdrückung und kapitalistischer Gewalt. Unsere Vision garantiert nicht nur eine Verteilung des Wohlstands, die Arbeit und ein fortgeschrittenes Modell sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung unterstützt, sondern auch Demokratie, Gleichheit, demokratische und soziale Rechte für alle europäischen BürgerInnen.

Aus diesem Grund kämpfen wir für eine Neugründung Europas, mit anderen Worten, für eine neue Definition seiner Ziele, Politiken und Strukturen; für ein ganz anderes wirtschaftliches, produktives, soziales und ökologisches Modell, dass auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Volkssouveränität beruht.

In diesem Zusammenhang trägt die Partei der Europäischen Linken eine historische Verantwortung, da die Krise in Europa tiefgreifende Effekte auf die Gesellschaften hat und Gegenkräfte freisetzt.

Einerseits verstärken soziale Regression und die konstante Verweigerung von Demokratie die Spaltungen zwischen den Völkern und innerhalb von Gesellschaften. In vielen europäischen Ländern feuern diese Faktoren einen Anstieg von nationalen und regionalen Egoismen, antifeministischen, homophoben, transphoben oder faschistischen und fremdenfeindlichen Haltungen an.

Andererseits spitzen sich die Kämpfe zu und die linken Kräfte machen Fortschritte. Viele kritische Kräfte sind nun bereit, eine europäische Front zu bilden, die eine linke Alternative möglich macht, die einen positiven Weg aus der Krise zeigen kann und um europäische regionale Kooperation aufzubauen, die den Völkern Europas genauso wie der ganzen Welt nützt. Wir wollen uns mit ihnen zusammen schließen, um einen echten Wandel in Europa herbei zu führen.

Genau das ist der Daseinszweck der Partei der Europäischen Linken. Die EL versammelt antikapitalistische, kommunistische, sozialistische, ökologische, feministische, ökosozialistische, republikanische und demokratische Kräfte und arbeitet an der Entwicklung von Vorschlägen, Aktionen und Räumen, in denen diese Ideen zusammentreffen können. Dies ist unser Maßstab inmitten einer politischen Landschaft, die von Kräften dominiert wird, die den Neoliberalismus vorantreiben und im Interesse des Großkapitals handeln. Unser Ziel ist es, diesen Konsens durch das Zusammenführen der Aktionen der vielfältigen politischen Kräfte zu brechen, die es in den

europäischen Ländern gibt und die auf den Straßen und in den Institutionen mit antikapitalistischer Perspektive kämpfen.

Der 4. EL-Parteitag soll eine neue Phase einleiten, in der diese Ziele besser erreicht werden, nicht nur im Rahmen der Europawahlen 2014, sondern auch in Hinblick auf die weitere Perspektive einer Zusammenführung von verschiedenen populären Kämpfen auf europäischer Ebene. Wir wollen den Weg bereiten für Arbeiter_innen und Bürger_innen, damit sie den Einfluss auf politische Entscheidungen zurückerhalten. Wir wollen eine echte politische und ökonomische Demokratie errichten, um die Macht wieder zu erlangen, um uns dem finanziellen Staatsstreich entgegen zu stellen.

I/ Eine atemberaubende Verschärfung der Krise in Europa: Das Versagen einer ultra-neoliberalen Struktur und von „Austeritäts“maßnahmen

Wir sind mit einer Krise des kapitalistischen Systems konfrontiert, die ohne Ausnahme jede Region der Welt betrifft. Nichtsdestotrotz ist die Krise in der EU spezifischer Natur, da sie mit ihrer Konstruktion und den neoliberalen Doktrinen, die bereits vor Ausbruch der Krise und auch danach weiter intensiv eingesetzt wurden, verbunden ist. Die „2020 Strategie“ und der Finanzrahmen 2014-2020 sind offensichtlich Instrumente, die der gleichen, destruktiven Politik dienen.

Die EU wurde auf einem ökonomischen und monetären Modell gegründet, dass dem Finanzsektor und den mächtigsten Staaten dient.

Das Ziel der Europäischen Verträge ist nicht, den Menschen zu dienen, sondern den Märkten. Ihre Grundlagen machen soziale und territoriale Kohäsion unmöglich und verhindern die Verwirklichung der unmittelbaren Ziele der ArbeiterInnen, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie menschliche Emanzipation im Allgemeinen.

Die neoliberale Strategie, die in der momentanen Phase der kapitalistischen Entwicklung dominiert, waltete auch bei der Gründung der EU.

Das Vortreiben der Deregulierung der Märkte und des Finanzsystems, die Privatisierung von strategischen Wirtschaftssektoren, das Auspielen der Arbeitenden gegeneinander, um Löhne zu senken und soziale Errungenschaften abzubauen, der Mangel an einem ausreichenden Etat, der auf der Strategie der Kohäsion durch Angleichung fusst, ebenso wie die der Europäischen Zentralbank übertragenen Aufgaben, - einer Bank, die im Dienste der Märkte steht und vor jeder Art öffentlicher Einflussnahme geschützt ist -, haben zu dieser Krise geführt.

Das ist der fundamentale Grund dafür, dass der Euro sich in der Krise befindet. Die ökonomisch-institutionelle Architektur der EU wurde geschaffen, um ausschließlich die Interessen des Großkapitals in seinen verschiedenen Branchen zu schützen und so die strukturelle Sicherheit ihrer Investitionen zu schützen; dies erklärt, warum sich die EZB seit 2008 dazu verschrieben hat, die Banken und nicht die Menschen zu retten. Anstatt die unter der Schirmherrschaft der EZB zur Verfügung stehenden riesigen Summen in den Dienst der sozialen und ökologischen Entwicklung und einem einheitlichen Fortschritt für die Bevölkerungen zu stellen, schützte der Euro die Profitabilität der mächtigsten finanziellen Investitionen. Ein Land nach dem anderen war gezwungen, strukturelle Anpassungsprogramme einzuführen. Als 2008 die Krise ausbrach, kaufte die EZB darüber hinaus die Banken frei und strangulierte die schwächsten Länder. Weit davon entfernt Solidarität zu schaffen, hat diese Verwendung des Euro die Ungleichheiten zu Gunsten einer deutschen Dominanz in der Eurozone verstärkt. Eine Konsequenz daraus ist ein Rekordwachstum der Ungleichheit innerhalb Europas. Die europäische Wirtschaft ist durch ein strukturelles Ungleichgewicht zugunsten deutscher Exporte gekennzeichnet. Die EL erachtet eine grundlegende Transformation der Eurozone, die sie in den Dienst einer solidarisch begründeten europäischen Vision stellt, als absolut unerlässlich und dringend nötig.

Seit 2008 wurde die Krise nicht nur nach Maßgabe unmittelbarer kapitalistischer Interessen verwaltet, sondern bot auch die Möglichkeit, die **schonungslose ökonomische und soziale Umstrukturierung in der Region** durch großangelegte strukturelle Anpassungen zu beschleunigen. Die gegenwärtige Katastrophe ist kein „unerwünschter Nebeneffekt“ der Krise, sondern das Ergebnis eines rücksichtslos darauf abzielenden Prozesses, die Verluste zu sozialisieren und alles zu privatisieren, was in irgendeiner Form Profit erzeugen kann.

Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung liegt der Ursprung der Krise nicht im Mißmanagement der südeuropäischen Länder. Mit der Finanzialisierung der Weltwirtschaft und der durch sie erzeugten gegenseitigen Verflechtungen, sowie der seit Jahrzehnten die amerikanischen Angestellten treffenden Lohndeflation, schuf die Subprime-Krise in den USA eine Stoßwelle innerhalb des Weltbankensystems, die jede Wirtschaft auf diesem Planeten traf. Der Zwischenbankenmarkt geriet in die Krise und die Banken machten Rekordverluste. Die Krise ist daher systemisch. Im Dienste der Finanzmärkte veranlassten die europäischen Regierungsoberhäupter massive Rekapitalisierungen und wandelten so die Privatschulden der Banken in öffentliche Schulden um. Deswegen ist die „Schuldenkrise“ eine Krise der Privatschulden! Das ist also die unglaubliche Heldentat der Neoliberalen: sie haben die Verluste sozialisiert und lassen die Bevölkerung für die Finanzkrise zahlen.

Schulden wurden schnell das Damoklesschwert, das über den europäischen Staaten hängt. Durch Berufung auf die untragbaren Maastricht-Kriterien und die so genannten „Rettungs“pläne („Bail out“), die in Wahrheit Kreditbankenrettungspläne waren, begann eine unglaubliche Erpressung von Griechenland, Portugal, Spanien, Irland, Italien und Zypern. Die Weigerung, Schulden umzuverteilen oder umzustrukturieren, überwog. Die Kosten dieser „Hilfe“ waren die Austeritätsmemoranda und strukturelle Reformen, die auf Privatisierungen und die Zerstörung der öffentlichen Dienste, sozialen Schutzsysteme und Arbeitsrechte abzielten.

Mit anderen Worten war die Krise eine Chance für die Neoliberalen, ihre Reformen mit erschreckender Gewalt und Geschwindigkeit durchzusetzen.

Ergebnis: Europaweite Rezession und totale Verwüstung der Wirtschaftsstrukturen der Länder.

Dies ist besonders in Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Italien und Zypern ersichtlich sowie in den meisten zentral- und osteuropäischen Ländern, in denen die Wirtschaftskrise zu einer humanitären wird; gekennzeichnet durch weitverbreitete Armut, Hunger, Mangelernährung von Kindern, vermehrte Verbreitung von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten sowie das Wiederauftauchen von Epidemien, von denen wir dachten, dass sie ausgeremert seien. Nicht-EU-Mitglieder waren ebenfalls betroffen. In vielen östlichen Ländern hat sich die Situation von sowohl ArbeiterInnen, Kleinbauern und –bäuerinnen, als auch den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft dramatisch verschlechtert und Korruption zersetzt alle Sphären des sozialen Lebens. Die ärmsten Länder im Osten Europas sind: Moldawien, die Ukraine, Bulgarien und Rumänien. Wirtschaftliche Verödung heizt ein riesiges demokratisches Defizit an. Die ersten Opfer dieser von den Märkten beherrschten Wirtschaft sind Frauen, MigrantInnen und die Jugend. Jugendarbeitslosigkeit liegt in einigen Ländern bei über 50% und steigt überall in Europa rapide an. Die Auswanderung von jungen qualifizierten Menschen und AbsolventInnen steigt an. Arbeitslosigkeit oder Exil – ist das die Alternative, die wir unseren jungen Menschen anbieten wollen?

Frauen sind besonders durch die Krise betroffen und speziell durch die Krise in der EU gerade durch Haushaltskürzungen, da viele Frauen im öffentlichen Sektor arbeiten und meist die ersten sind, die durch die Familienarbeit betroffen sind. Da Frauen immer noch die Last der unbezahlten Familienarbeit tragen, brauchen sie gute öffentliche und soziale Dienste sowie eine effektive Geschlechtergerechtigkeitspolitik. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle ist skandalös. Die durch die Austeritätspolitik verhängten dramatischen Änderungen, die den Sozialstaat aushöhlen und zerstören, führen zu eine wachsenden Zahl von Frauen, - wobei Migrantinnen besonders gefährdet

sind - die Niedriglöhne beziehen, schlecht oder gar nicht bezahlten Jobs und Armut sowie zu einer Vertiefung der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen. Frauen mit Kindern oder anderen familiären Verantwortungen zum Beispiel, sind gezwungen, zur traditionellen Hausfrauenrolle zurückzukehren, bei der sie unentgeltliche Arbeit verrichten, ihre Rechte verringern oder verlieren und ihre Unterordnung unter das Patriarchat verstärken: der Verlust der sexuellen und reproduktiven Rechte (Kriminalisierung von Abtreibung), Sex- und geschlechtsspezifische Minderheitenrechte. In vielen Ländern steigt die physische, sexuelle und symbolische Gewalt gegen Frauen in beängstigendem Ausmaß. Frauenhandel und das Geschäft mit Prostitution sind ebenfalls gestiegen. LSBT Menschen (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender) werden vom konservativen Diskurs über Gesundheit, die „normale“ Familie, heteronormative und konservative Modelle ins Visier genommen. In vielen Ländern Europas werden LSBT Menschen physisch attackiert, leiden unter Schikanen auf dem Arbeitsplatz oder in der Schule, ihnen wird medizinische Behandlung verweigert – unter Duldung der Staatsgewalt.

Schwerwiegender Mißbrauch der Autoritäten bedroht die Demokratie

Die Hauptverantwortlichen für die Umwandlung privater in öffentliche Schulden versuchen, angesichts der Ablehnung ihrer politischen Entscheidungen durch die Bevölkerung, um jeden Preis eine echte Debatte über Alternativen zu verhindern und jede Kritik zum Schweigen zu bringen.

Dies ist der Grund für die Weigerung der Europäischen Kommission, den von der EL eingereichten Vorschlag einer Europäische Bürgerinitiative (zur „Schaffung einer europäischen öffentlichen Bank, die sich ausschließlich der Finanzierung von Investitionen, die der sozialen Entwicklung und dem ökologischen Übergang widmet“ und dabei die Finanzmärkte dank sehr niedriger EZB Leihzinsen umgeht) zu berücksichtigen. Wenn man bedenkt, dass dieser Vorschlag ein erstes Einschreiten der öffentlicher Behörden im Finanzsektor gewesen wäre, ist diese Ablehnung ein klares Zeichen von Feindseligkeit gegenüber den Ideen von sozialem Fortschritt und Solidarität.

Die Souveränität der Völker wurde durch die Machtzentralisierung in technokratischen Institutionen, die durch die „Troika“ (IWF, EZB und Europäische Kommission) geführt werden missachtet. Konfrontiert mit Abstrafungen während der Wahlen, Streiks und Massenbewegungen halten sich Regierungen künstlich durch große Koalitionen von nationalen oder technischen Vereinigungen aufrecht, um weiterhin die Memoranda umsetzen zu können. Sie lehnen alle politischen Botschaften ihrer Bevölkerung ab und verursachen dauerhafte politische Krisen.

In allen Ländern, in denen es Massenproteste gibt, werden soziale Bewegungen unterdrückt, die Freiheit von Gewerkschaften wird eingeschränkt, der Pluralismus der Medien wird in Frage gestellt und die Propaganda zielt darauf ab, linke Kräfte zu diskreditieren. Das Wiederaufflammen des Antikommunismus, das besonders im Osten deutlich wird und auf der inakzeptablen, historisch ignoranten und skandalösen Verknüpfung von Kommunismus, Faschismus und Nazismus beruht und darauf abzielt, jede alternative Vision zu diskreditieren, vervollständigt diese Demokratie gefährdende Strategie.

Europäische Institutionen sind antidemokratisch und zu weit von den Bedürfnissen der Bevölkerung entfernt. Echte Bürgereinmischung ist den EU-Oberhäuptern schlicht unerträglich, da diese mit ihrer Klassenvision des europäischen Projektes inkompatibel ist. Die Macht wird den BürgerInnen und ihren gewählten VertreterInnen zugunsten der technokratischen Institutionen wie der Europäischen Kommission entzogen, die voll auf die neoliberale Politik ausgerichtet und vor jeglicher öffentlicher Haftung „geschützt“ sind. Sie brauchen fügsame Regierungen und Parlamente, daher sind nationale Parlamente selbst was den Haushalt betrifft, vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen, was gleichwohl eine der Hauptkompetenzen nationaler Parlamente ist. Dies ist auch der Grund für den finanziellen Würgegriff, in dem sich lokale Behörden befinden. All die Stimmen der BürgerInnen, die deutlich die neoliberale europäische Konstruktion ablehnten, wurden missachtet, was zu einer wachsenden Zahl von Stimmenthaltungen bei Wahlen und einem tiefen Mißtrauen führte, das bereits seit Jahrzehnten anhält.

Die EU wird als Widerpart zur Biosphäre errichtet

Das menschliche Ökosystem ist einzigartig. Jede Produktionsentscheidung, jeder Industrieunfall beeinflusst den gesamten Globus. Aber die Menschheit als Ganze kann in diesem Ökosystem – bedroht durch die Dynamiken des Kapitalismus – nicht existieren und überleben. Kapital und Produktivismus gehen Hand in Hand: höhere Gewinne erfordern verstärkte Umweltverschmutzung, Schädigung der menschlichen Gesundheit, Sterilisierung von Böden, Abfall und Verschwendung... Während die Reichen immer mehr Verschmutzung verursachen, müssen die Armen dafür die Rechnung zahlen und leiden unmittelbar an den Schäden. Daher steht der Bruch mit Marktprinzipien und Gewinnmaximierung an erster Stelle um Umwelt, Gesundheit, natürliche Ressourcen und unsere Grundbedürfnisse zu schützen; das bedeutet letztlich einen Bruch mit der gegenwärtigen Arbeitsweise der Europäischen Union, die die Zerstörung der öffentlichen Dienste und die Herrschaft der Lobbys und Privatmonopole und deren katastrophale Verschwendung unterstützt. Das Tempo, mit dem der Biosphäre nichthaltiger Schaden zugefügt wird, steigt kontinuierlich. Der weltweit größte europäische Markt für CO₂-Ausstoß, der es Unternehmen erlaubt, „Verschmutzungsrechte“ zu handeln, hat diesen Prozess nicht verlangsamt. Er hat im Gegenteil ein neues Spekulationsgebiet eröffnet, welches die größten Umweltverschmutzer dafür belohnt, Jahresrenten zu akkumulieren.

Die EU stellt sich selbst gegen die Völker der ganzen Welt. Obwohl die EU ein mächtiges Werkzeug kooperativer Entwicklung sein könnte, plant sie Freihandelsabkommen, die darauf abzielen, andere Weltregionen zu dominieren. Im Wettlauf um Unterbietung und umfassende Deregulierung heißt die Europäische Union ebenso Freihandelsabkommen mit entwickelten Industrieländern, wie den großen transatlantischen Markt mit den USA gut. Dies gefährdet Arbeitsplätze, kleine Unternehmen, die Errungenschaften der Arbeitenden, aber auch den Verbraucherschutz. Im allgemeinen produzieren derartige Freihandelszonen, die darauf abzielen die Exporte zu erhöhen, neben den vorhandenen Umweltkosten zusätzliche CO₂-Emissionen und beschleunigen die erzwungene Vertreibung der Bevölkerung.

Konfrontiert mit Wirtschaftsmigration, für die die EU mit ihrer Kolonialpolitik und den von ihr unterstützten imperialistischen Kriegen in hohem Maße verantwortlich ist, entscheidet sie sich gegenwärtig für eine „Festung Europa“, Frontex und die Schengenabkommen, die Zuwanderer mit totaler Exklusion oder Inhaftierung an Orten, wo das Gesetz keine Anwendung findet bestrafen, wenn MigrantInnen nicht sogar dem Tod auf See überlassen werden. Die EU, die sich an der NATO ausrichtet, bemüht sich auf internationaler Ebene nicht um Frieden, sondern nimmt im Gegenteil eine führende Rolle innerhalb der imperialistischen Kräfte ein.

Austerität führt zu allen möglichen Arten von Mißbrauch. Die andauernden strukturellen Anpassungen führen zu sozialer Regression, der Zerstörung der Lebensbedingungen für zehn Million Menschen und der Verringerung der noch verbliebenen Reste von Demokratie. Sie ist der Kern des Problems. Strukturelle Anpassungen sind die antisoziale Lösung für die Krise, die nur gestoppt werden kann, wenn es entscheidende Veränderungen im Zusammenwirken der sozialen Kräfte in Europa gibt.

II/Internationale Krise: eine globale Systemkrise, Zivilisation in der Krise

Die europäische Krise ist Teil der internationalen Krise. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit, Kapital und Umwelt, Kapital und Demokratie, Kapital und friedlicher Entwicklung, Kapital und Geschlechtergerechtigkeit wird immer offenkundiger. Kapitalismus kann nicht humanisiert werden.

Die Menschheit als ganze sieht sich heute neuen Herausforderungen gegenüber, die globale Antworten erfordern, um über Kapitalismus und Patriarchat hinauszugehen und die Entstehung eines neuen Entwicklungsmodells zu ermöglichen:

- der Systemkrise des internationalen Finanzwesens entgegentreten;

- ein alternatives Wirtschaftsmodell zu Produktivismus und “Wettbewerbsfähigkeit” vorschlagen;
- auf Entwicklungsherausforderungen reagieren: gegen Hunger und Armut kämpfen, auf die Energie- und Nahrungskrise antworten, den Zugang zu Wasser sicherstellen;
- auf die Umweltkrise, Klimawandel und die Gefährdung der Biodiversität und der Ökosysteme durch nicht-nachhaltige Nutzung reagieren: eine nachhaltige und demokratische Herangehensweise an wirtschaftliche Aktivität einführen;
- Imperialismus, Neokolonialismus und die Macht multinationaler Firmen bekämpfen, anti-imperialistische Solidarität stärken, um Frieden, Menschenrechte und –freiheiten zu verteidigen, und eine linke Herangehensweise an Migrationsthemen voranbringen, die darauf beruht, das menschenwürdige Überleben und gleiche soziale Rechte für alle Menschen, die Asyl suchen oder sich auf europäischem Boden bewegen, sicher zu stellen; ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer Glaubensüberzeugung, ihrem nationalen, Minderheits- oder sozialen Hintergrund;
- die Werte der Solidarität und Rechtsgleichheit angesichts von Individualismus, Fremdenhass, religiösem Fundamentalismus und jeder Art von Rassismus und Diskriminierung stärken;
- Macht teilen, echte Demokratie aufbauen, um die Macht von Kapital und Patriarchat zu ersetzen; frischen Wind in den öffentlichen Raum bringen durch Bekämpfung von Autoritarismus, Antikommunismus und Antisozialismus.

Der gegenwärtige Kampf für die Schaffung eines neuen ökonomischen, sozialen und politischen Integrationsprozesses auf europäischer regionaler Ebene muss mit einer internationalistischen Dimension verknüpft werden, bei der der Prozess der öffentlichen Zustimmung auf dem Kontinent mit den Vorstößen der progressiven Kräfte überall auf der Welt vereint wird.

Europas Verantwortlichkeiten setzen sich jenseits seiner Grenzen fort. Die Existenz von progressiven regionalen Bündnissen kann ein Werkzeug im globalen Kampf sein. Das gegenwärtige Ringen um die Neugründung der EU muss im Kontext der internationalen Dimension unseres Kampfes gesehen werden. Die Europäische Linke beabsichtigt, sich an den politischen Kämpfen zu beteiligen und die nötigen Bündnisse zu schließen, um die Entstehung eines neuen Entwicklungsmodus zu ermöglichen.

Die Welt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Globalisierung, die Informationsrevolution und das Entstehen neuer Mächte wie der BRIC-Staaten haben neue Bedingungen für internationale Kämpfe geschaffen. Die Informationsrevolution bietet neue Möglichkeiten des Austauschs, die nicht einfach nur Werkzeuge für den Kampf sind, sondern dabei helfen, die Wirtschaft der Zukunft zu erfinden.

Die Menschen finden sich nicht damit ab, Zeugen der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu sein. Wir sind in einen neuen internationalen Protestzyklus eingetreten, in dem die Kämpfe der verschiedenen öffentlichen Ebenen sich vereinen bei der Infragestellung der strukturellen Anpassungen und der neoliberalen Ordnung. Daher verschmelzen die Interessen der Arbeitenden mit der Forderung der Bewegung der „Indignados“ („Empörten“) nach grundlegendem Wandel. Für die EL verbinden sich die ökonomischen und politischen Kämpfe, die weiterhin im Mittelpunkt stehen, logisch mit dem Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, individuelle und kollektive Freiheiten, die Emanzipation der Frauen und eine allen zugängliche Kultur, bilden eine Front für die gemeinsame Sache; die der sozialen Mehrheit in Europa.

In diesem Kampf ist es wichtig, Kooperationen zwischen der Arbeiterbewegung und den linken und progressiven Kräfte in ganz Europa zu entwickeln, einschliesslich Russlands und der osteuropäischen Länder.

Diese populären Mobilisierungen und das wachsende Bewusstsein, dass Entwicklung die Menschen

und den Planeten respektieren muss, stehen im Widerspruch zur kapitalistischen Argumentation der „alten Welt“ und ihren Instrumenten: Plünderungen, Kriege und Herrschaft.

Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten haben durch „Präventiv“kriege, „humanitäre“ Militärinterventionen sowie die Entwicklung ihrer Militärindustrien und Aufklärungssysteme Mittel gefunden, um ihre Dominanz und ihre Interessen, insbesondere im Mittleren Osten, zu wahren. Gegen die Entwicklungsländer haben die gegenwärtigen Oberhäupter der Europäischen Union Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Kanada in Hinblick auf einen großen transatlantischen Markt begonnen. Dieses Abkommen, das, einschließlich der strategisch bedeutsamsten, jeden Wirtschaftssektor einschließen wird, könnte die Ökonomien der europäischen Staaten vernichten und die Arbeitsrechte sowie soziale, Umwelt- und Nahrungsnormen auf beiden Kontinenten angreifen. Verhandlungen über dieses Projekt laufen völlig intransparent ab und diesem Projekt muss sich widersetzt werden. Die EL hat sich verpflichtet, die europäischen BürgerInnen zu informieren und zu warnen, und einen umfassenden politischen Kampf zu führen, um diesen Plan zu vereiteln.

Die Verteidigung von Frieden und Sicherheit für die Völker ist im Rahmen einer antiimperialistischen politischen Position eines der Hauptziele der EL, verbunden mit der Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die dem neoliberalen und neoimperialistischen Modell entgegensteht. Wir wollen, dass Krieg als Mittel der internationalen Beziehungen abgeschafft wird. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU war absolut unangemessen. Unter der Schirmherrschaft der NATO war die EU an den letzten großen internationalen Konflikten beteiligt und unterstützte die Entscheidung ihrer imperialistischen Alliierten, insbesondere Israels aggressive Kolonialpolitik in Palästina. Dennoch glauben wir, dass regionale Kooperation - vorausgesetzt, dass sich die Richtung ändert - ein Mittel für die Suche nach Frieden sein könnte; sowohl auf europäischem Territorium – insbesondere durch Druck auf die Türkei, die den nördlichen Teil Zyperns seit 1974 illegal besetzt hält – als auch international, indem die Einhaltung internationalen Rechts sichergestellt wird. Die EU könnte eine starke Verbündete aller Völker sein, die für Selbstbestimmung kämpfen.

Ein Dialog zwischen progressiven Kräften der ganzen Welt über eine alternative Vision und gemeinsame Kämpfe ist unerlässlich. In diesem Geiste sucht die EL signifikante relevante Allianzen.

1. Mit Lateinamerika: Obwohl Europa durch seine koloniale und imperialistische Vergangenheit in einer besonderen Beziehung zu Lateinamerika steht, gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks ähnliche Probleme. In Lateinamerika haben die Bevölkerungen in verschiedenen Länder der strukturellen Anpassungspolitik des IWF Widerstand geleistet und haben es dank politischer Modelle, die Alternativen mit sozialistischen Zielsetzungen bieten, geschafft, Tragödien zu verhindern und fördern öffentliche Teilhabe und weitergehende supranationale Kooperation.

Der regionale Integrationsprozess der ALBA zum Beispiel, der auf Kooperation und horizontalen Beziehungen basiert und die Idee von Solidarität und Fortschritt verteidigt, ist ein Hoffnungsschimmer und der konkrete Ansatz eines alternativen Modells zur globalen Herrschaft des Neoliberalismus.

Kuba, ein Land, das sich in einem Transformationsprozess befindet, ist ein Referenzpunkt für die Region und für viele Linke im Rest der Welt. Wir fordern ein Ende der unmenschlichen Blockade Kubas, die mittlerweile 50 Jahre währt und die Freilassung der „Cuban 4“.

Wir können viel von den Erfahrungen Anderer lernen. In den Räumen, die wir gemeinsam geschaffen haben, können wir auch viel dazu beitragen, um eine fortschrittliche internationale Kooperation für das 21. Jahrhundert zu kreieren; und wir müssen uns den Herausforderungen, denen sich die ganze Menschheit gegenübersteht, gemeinsam stellen. Die EL will ihren Austausch

mit dem Forum Sao Paulo fortsetzen und vertiefen.

2. Im Mittelmeerraum: Die “Revolutionen” 2011 in der arabischen Welt waren der Auslöser für eine Welle globaler Empörung. Sie haben die Macht öffentlicher Aktionen demonstriert und waren Quelle der Hoffnung weit über die Grenzen dieser Länder hinaus. Einige meinen das, was in der arabischen Welt geschah, hat die Ölindustrie destabilisiert, die Mechanismen der imperialistischen Herrschaft in der Region geschwächt und neue Möglichkeiten für den Kampf des palästinensischen Volkes eröffnet. Diese revolutionären Prozesse sind noch nicht beendet. Sie sind immer lang, nicht geradlinig und voller politischer Widersprüche.

Die Bemühungen um einen Dialog zwischen den progressiven Kräften der Region – traditionellen und neuen – der von der EL im Oktober 2012 in Palermo angestoßen und in Tunis im Kontext des Weltsozialforum fortgeführt wurde, ist wichtig, denn er stärkt jene, die gegen die Pläne eines kapitalistischen Europas und der NATO in diesem für weltweite imperialistische Interessen entscheidenden Gebiet, kämpfen.

Die Art, wie die westlichen Länder im Mittleren Osten – im Falle von Libyen, gegenüber Syrien und durch Einmischung in den ägyptischen Prozess – agiert haben, betont die Notwendigkeit einer besseren Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den politischen Kräften der Linken auf beiden Seiten des Mittelmeerraumes.

Die Art und Weise, in der das Erdogan-Regime, symbolisiert durch den Taksimplatz, die öffentliche Bewegung unterdrückte, die Aufrechterhaltung der illegalen Besetzung Zyperns und seine Rolle in der Region im Allgemeinen sind nicht akzeptierbar. Die EL wünscht eine friedliche Lösung dieses Konflikts, bei der UN-Resolutionen, Demokratie und Arbeitsrechte in der Türkei respektiert, sowie die Rechte des kurdischen Volkes anerkannt werden.

Sie wird weiterhin auf eine Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volks auf einen (eigenen, d.Ü.) Staat hinarbeiten und ihre Aktivitäten erhöhen, zu einer Zeit, in der sich die Besiedelung durch Israel unter Mißachtung des Völkerrechts gefährlich intensiviert.

3. Mit dem afrikanischen Kontinent: Angesichts der kolonialen Vergangenheit und neuen Formen des Kolonialismus durch europäische Länder und die EU via internationaler Abkommen möchte die EL ihre Arbeit mit den Kräften der afrikanischen Linken vertiefen.

4. Mit den BRIC-Staaten: Die EL erachtet die wachsende Rolle der so genannten BRIC-Staaten in der globalen Wirtschaft und internationalen Politik als entscheidend. Die EL möchte die Debatte mit den Kräften der Linken dieser Länder, in Lateinamerika (Forum Sao Paulo) und Afrika (Forum der Neuen Afrikanischen Linken) verstärken, um die Aussichten für eine globale Alternative zur Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus zu veranschaulichen.

III/ Das Machtgleichgewicht in Europa verändern

Wir müssen einen Kontext beachten, in dem die Entziehung der Macht und die Zerstörung von Sozialmodellen Wahlenthaltungen, Unzufriedenheit und Misstrauen der BürgerInnen gegenüber der Politik und ihren VertreterInnen begünstigt.

Die politische Landschaft Europas wird von den Kräften des neoliberalen Konsenses beherrscht, verändert sich aber dennoch sehr schnell.

Die Kräfte des neoliberalen Konsenses sind an der Macht, aber ihre bedingungslose Unterstützung des Washingtoner Konsenses, der Verträge von Maastricht und Lissabon und die Art, wie sie Austeritätspolitik durch Autoritarismus anwenden und umsetzen, bedeutet, dass sie immer mehr unter Druck geraten. Sie verteidigen objektiv die gleichen Dogmen und das ist sichtbar. Die Korruptionsfälle und Finanzskandale spielen ebenso eine Rolle bei ihrem Legitimationsverlust.

In diesem Europa der Krise wächst der Wunsch nach Veränderung, ebenso jedoch der gegenteilige

Impuls – einen Schritt zurück zu gehen. Die populistischen und fremdenfeindlichen Kräfte der extremen Rechten, die teilweise offen faschistisch oder neo-nazistisch agieren, sind ebenso wie eine eindeutig rückwärts gewandte sexistische Ideologie auf dem Vormarsch.

Die entscheidende Frage ist, wie man einen mehrheitsgewinnenden Kurs in Richtung Emanzipation einschlägt und die dafür nötigen politischen Perspektiven schafft.

Hier müssen die Partei der Europäischen Linken, ihre Mitgliedsparteien und die Organisationen, mit denen sie sich in diesem Kampf verbunden haben, eine entscheidende Rolle spielen. BürgerInnen und WählerInnen können ihre Meinung ändern, aber nur wenn eine alternative Linke – verbunden mit wichtigen sozialen Demonstrationen, den Kämpfen der ArbeiterInnen und Menschen ohn Arbeit sowie der antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen – existiert und wächst, und damit den neoliberalen Konsens aufricht und den Vormarsch des Faschismus aufhält.

Als progressive und antifaschistische Kräfte ist unser Ziel, den europäischen Völkern zu helfen, bei der intensivsten Klassenkonfrontation, die wir seit der Finanzkrise von 1929 und dem 2. Weltkrieg erlebt haben, siegreich zu sein. Wir betrachten uns als Werkzeug im Dienste der im Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung Engagierten. Wir streben weiterhin danach, eine europäische politische und soziale Front gegen Austeritätspolitik und für Alternativen zu gründen.

Die Kämpfe gegen Austerität und für Demokratie machen Fortschritte, sind aber immer noch unterschiedlich weit entwickelt. Obwohl der Druck auf die ArbeiterInnenklasse überall in Europa gegenwärtig ist, sind die Stärke und der Umfang nationaler Kämpfe in den jeweiligen Ländern immer noch sehr ungleich, gemäß ihrer Geschichte, ihrer politischen und gewerkschaftlichen Kultur sowie den Machtverhältnissen. Diese großen Unterschiede verlangen entschiedene Bemühungen um Dialog und ein Verständnis der verschiedenen Situationen.

Konflikte gibt es in allen Ländern. Dennoch ist der Widerstand im Süden Europas am weitesten verbreitet, wo es neue Zusammenschlüsse von prekären und festangestellten Arbeitenden, den Jungen und den Alten und dem öffentlichen und privaten Sektor in alternativen politischen Plattformen gibt.

Griechenland, Spanien und Portugal waren in den letzten vier Jahren durch ein Klima des Kampfes und der Annäherung gekennzeichnet: Massenstreiks unterstützt von der Bevölkerung, sektorale soziale Bewegungen, die sich mit den Indignados und Bewegungen von jungen mit Prekarität konfrontierten Menschen zusammenschlossen. In vielen anderen Ländern, wie Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien ist das Potential für Widerstand hoch. In den nordischen Ländern wehrt die Linke Versuche ab, die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates zu unterminieren. In Osteuropa und den Balkanländern gibt es trotz aller Widerstände starke Volksbewegungen, für die Kaufkraft und das Recht auf Energie bei Respektierung der Umwelt und für Demokratie anstatt Oligarchien und Korruption.

Es gab Schritte zu einer Koordinierung dieser Kämpfe auf europäischer Ebene

Wenn die europäische Ebene als entscheidend für den Klassenkampf angesehen wird, ist die Koordinierung von Aktionen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ausschlaggebend. Während der Krise gab es einige Veränderungen in den sozialen Bewegungen. Koordinationsinitiativen und die Erforschung gemeinsamer Positionen und Aktionen der kritischen Kräfte wachsen innerhalb und zwischen den EU-Ländern und Europa an.

Trotz der großen Widersprüche, denen sich der Europäische Gewerkschaftsbund ausgesetzt sieht, hat er zum ersten Mal eine Debatte über die EU Richtlinien gestartet: eine einstimmige Ablehnung des Fiskalpakts und der Austeritätspolitik, sowie die Unterstützung von und der Aufruf zu Demonstrationen.

Ein Schritt vorwärts wurde am 14. November 2012 getan: koordinierte Generalstreiks im Süden, Tage der branchenübergreifenden Demonstrationen und Solidaritätsaktionen in 23 Ländern und tausenden europäischen Städten.

Auf zu neuen Zusammenschlüssen sozialer und politischer Kräfte auf europäischer Ebene

Die Linke wird mit all ihren Komponenten ihre historische Opposition und eigenen Begrenzungen überwinden, um der Offensive des Kapitals zu widerstehen und eine gemeinsame Vision für die Zukunft Europas zu entwickeln. Wir werden eine neue Art von Bündnis gründen, welches die gemeinsame Arbeit und gemeinsame Aktionen ermöglicht und gleichzeitig die Kultur, Räume und Rolle jeder/s Einzelnen respektiert.

Der Prozess des AlterSummits, der soziale und gewerkschaftliche Bewegungen zusammenbringt und die Debatte mit den politischen Kräften eröffnet hat, ist ein bemerkenswerter Schritt nach vorne. Die EL, die danach strebt, eine europäische Front zu etablieren, hat sich verpflichtet, diesen Ansatz zu verfolgen und – in ihrer Rolle – bei der Entwicklung dieser Art von Prozess zu helfen.

Der Vorstoß der Linken hin zu einer Alternative, einer Hoffnung für die Klassenkämpfe in Europa

Das Anwachsen alternativer politischer Kräfte ist länderübergreifend ebenso ungleich verteilt. Es ist oft mit einer öffentlichen Ablehnung der Sparmaßnahmen verknüpft. Die Kräfte, die sich mit der Politik der Troika identifizieren, haben Wahlniederlagen erlitten. Der sozialdemokratische Diskurs vom "Kompromiss" versiegt, da die Klassenkonfrontation greifbar wird. Die Sozialdemokraten, die in siebzehn Regierungen oder Parlamentsmehrheiten in Europa vertreten sind, haben ständige Wahlverluste hinnehmen müssen, weil sie keinerlei Hoffnung vermitteln. Sie bieten den Gesellschaften keine alternativen Projekte und setzen stattdessen die neoliberale Agenda auf unserem Kontinent durch. Sie unterstützen die Macht des Großkapitals und teilen das neoliberale Weltbild mit der Rechten.

In dieser politischen Landschaft gibt es eine wachsende alternative Linke, die angesichts der rechten und extrem rechten Gefahren eine historische Verantwortung trägt aber auch wegen der Lossagung der Sozialdemokratie. Ihr Hauptmerkmal ist eine klare Opposition zu den Memoranda. Die Mitgliedsparteien der EL versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln in ihren Ländern und auf europäischer Ebene die Austeritätspolitik zu besiegen. Wenn die Machtfrage praktische Realität wird, würde es möglich sein, die Austeritätspolitik nicht umzusetzen, sich zu weigern, gemäß der Europäischen Verträge zu handeln und auf diese zu verzichten, sollte das dem Willen des Volkssouveräns entsprechen.

Mit Hilfe ihrer Theorien und Praktiken ist diese alternative Linke in der Lage verschiedene politische Kräfte zusammen zu führen. Wo der politische Umgestaltungsprozess reift, wo diese Kräfte in Kämpfen und Solidarität aktiv sind und wo sie Alternativen zur Austerität anbieten und die Volkssouveränität verteidigen, da werden die linken Kräfte stärker. Im Falle Griechenlands war dieser Fortschritt spektakulär.

IV/ Die EL in Aktion, um Europa neu zu gründen

Alternative Vorschläge, um die Krise zu überwinden

Vor dem Hintergrund der Krise entwickeln die herrschenden und neu entstehenden Formen des Kapitalismus verschiedene strategische Ziele. Der alternative Plan der EL ist nicht in der Ordnungslogik der vorherrschenden politischen Kräfte und kapitalistischen Klasseninteressen gefangen. Die EL treibt im Gegenteil das Ende des neoliberalen Dogmas als Voraussetzung für die Herausbildung Europas als geopolitischem Raum voran, der zu einem weitreichenden Wechsel hin zu einer Politik der Solidarität mit den ärmsten Regionen der Welt beiträgt. Eine nachhaltige Strategie beinhaltet auch eine neue, globale Regulierung der Finanzmärkte, die die gegenwärtigen Veränderungen und die Rolle der aufstrebenden Akteure wie der Volksrepublik China, Russlands und der übrigen BRICS-Staaten berücksichtigt.

1 - Fokus auf Beschäftigung, soziale, ökologische und solidarische Entwicklung:

-In Europa produzieren, und auf eine andere Art produzieren. Eine Dynamik der öffentlichen Rückgewinnung strategischer Sektoren, neuer Kooperation und industrieller Innovation anstoßen, um Beschäftigung und einen hohen Grad an Rechten für Beschäftigte und Gleichheit zwischen Männern und Frauen am Arbeitsplatz zu garantieren. Den ökologischen Übergang umsetzen, um sowohl soziale Bedürfnissen zu entsprechen als auch auf ökologische Begrenzungen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen einzugehen.

-Den öffentlichen Dienst schützen und weiterentwickeln. Wir lehnen die Privatisierungen des Gesundheits- und Bildungssystems sowie aller öffentlichen Dienste ab, da dies zu vermehrten Diskriminierungen und Ungleichheiten aller Art führt. Wir kämpfen für eine gute, öffentliche und kostenfreie Bildung, die allen offen steht: vom Kinderhort über Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung. Für uns bedeutet Bildung die Entwicklung der Persönlichkeit und Kultur. Sie darf sich nicht auf die Erlangung von wirtschaftlich verwertbarem Wissen beschränken und nur an Konkurrenz und Individualismus orientieren. Schulen sollten die Emanzipation und Gemeinschaftserziehung von Bürger_innen möglich machen, die für ihre Rechte eintreten, statt sich unterzuordnen. Wir wollen die öffentlichen Gesundheitssysteme ausbauen und erneuern, um den gleichen Zugang Aller sicherzustellen. Unterkunft, Wasser und Energie sollten als grundlegende Menschenrechte angesehen werden. Aus diesem Grund treten wir dafür ein, dass die Wasser- und Energieversorgung in öffentlicher Hand liegt und durch diese verwaltet wird.

- Mindestlöhne in Europa sollten ein angemessenes Einkommen garantieren. Wir brauchen angemessene Renten für alle, wobei der geschlechtsspezifisch ungleiche Zugang zu Unterstützungsleistungen beseitigt werden muss. Reduzierung der Arbeitsstunden ohne Einkommenseinbußen oder Erhöhung des Renteneinstiegsalters. Harmonisierung der Durchschnittseinkommen und des sozialen Schutzniveaus gemessen an den höchsten Standards. Lohnerhöhungen und die Höhe der sozialen Sicherheitsleistungen müssen von jedem Land selbst festgelegt werden können. Wir müssen politische Maßnahmen entwickeln, um eine gleiche Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Haus- und Pflegearbeit zwischen Männern und Frauen sicherzustellen. Es muss anerkannt werden, dass Menschen mehr als materielle Bedürfnisse haben. Es müssen neue Konzepte für Pflegearbeit und alternative Wirtschaftsmodelle diskutiert werden, um die traditionelle Geschlechtertrennung in der Arbeitswelt zu beenden und die Autonomie von Frauen zu ermöglichen.

- Sich für einen ökologischen Übergang einsetzen: Aktionen gegen den Klimawandel unterstützen, erneuerbare Energie entwickeln und Energiesparmaßnahmen einführen. Jeder Schritt hin zu größerem sozialen Fortschritt muss mit Respekt vor der Natur gemacht werden. Mit dem ökosozialistischen Ansatz/Modell teilen wir die Idee, dass die ökologische Abzweigung ein langfristiger Prozess ist, der großen Unternehmen und anderen Organisationen, die danach streben in kurzer Zeit ihre Profite zu maximieren, nicht anvertraut werden kann. Das muss eine Sache der Volkssouveränität und der Demokratie sein. Nur die Bevölkerungen können das öffentliche Interesse definieren und eine ökologische Planung garantieren, die den sozialen Bedürfnissen der Menschen dient, die Ökosysteme rettet und einen echten ökologischen Umbau herbeiführt. Diese Bürgerbeteiligung im ökologischen Umbau unserer Gesellschaft ist ein essentieller Teil unserer Revolution der BürgerInnen.

- Angesichts der Bedrohung der Nahrungssouveränität muss die zukünftige europäische Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik durch eine öffentliche Politik unterstützt werden, die auf menschliche Bedürfnisse und auf die Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit eingeht. Unser Ziel sind für jeden zugängliche qualitativ hochwertige, gesunde und vielfältige Nahrungsmittel. Wir brauchen eine europäische Landwirtschaftspolitik, die Schutz vor der Unbeständigkeit der Spekulationsmärkte und vor Landraub bietet. Wir treten für ein neues gerechtes und nachhaltiges Landwirtschaftsmodell ein, das den Landwirten ein angemessenes Einkommen und eine würdevolles Leben überall in Europa ermöglicht; ein Modell, das Arbeit in der Landwirtschaft durch die Einsetzung neuer, unabhängiger Produzenten schafft, die die Verbraucher mit Nahrungsmitteln zu einem gerechten Preis versorgen.

2 - Emanzipation von den Finanzmärkten: die Wirtschaft in den Dienst der Menschen stellen

-Die Krise der Eurozone brachte die Mehrheit der Bevölkerung in schwerwiegendere Probleme und eine unerträgliche Lage. Ein radikaler Wandel der Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion ist dringend nötig. Die Krise in der Eurozone hat zu Debatten über die gemeinsame Währung geführt, mit dem Vorschlag, dass einige Länder den Euro verlassen oder ihn abzuschaffen. Diese Debatten sind vollkommen legitim, da die aktuelle Politik, die Prioritäten, Kriterien und Ergebnisse der WWU ungerecht, antisozial und undemokratisch sind. Dennoch fordert die EL keinen Ausstieg aus dem Euro, da dies nicht automatisch zu einer fortschrittlicheren Politik führen würde. Ein Ausstieg würde nicht das Hauptproblem lösen: die Rolle, die die Finanzmärkte und die Großkapitalmächte spielen. Es könnte sogar den Wettbewerb zwischen den Bevölkerungen erhöhen und durch die Praxis konkurrierender Abwertung zu einer Explosion der Staatsschulden führen. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie, einschließlich einer alternativen Fiskalpolitik mit ausreichendem Finanzmitteln, die auch auf öffentlicher und demokratischer Kontrolle des Bankensektors jeden Landes und der EZB fußt. Eine radikale Neuausrichtung auf Förderprojekte, die sich an einem neuen Produktions- und Konsummodell orientieren, das den Bedürfnissen der europäischen Bevölkerungen dient, ist ebenfalls nötig. Wir müssen die existierenden Instrumente in Werkzeuge der Zusammenarbeit im Dienste der Bevölkerungen umgestalten. Eine Umwandlung der Eurozone durch einen radikalen Wandel der Euro-Architektur, ausgerichtet an einer Wirtschaft, die auf soziale Bedürfnisse achtet, muss das enorme Potenzial der Geldschöpfung in Europa darauf ausrichten, die Ungleichheiten zu reduzieren und die öffentliche Finanzierung und einen neuen Modus sozialer und ökologischer Entwicklung sicherzustellen. Dies beinhaltet eine veränderte Rolle der Geldschöpfung in Europa, einschließlich der Rolle, des Status und der Aufgaben der Europäischen Zentralbank, und allgemein eine Änderung der Kriterien für die Verwendung von Geld durch Banken und Großkonzerne in ganz Europa.

-In der Zwischenzeit tritt die Europäische Linke für die unmittelbare Organisation eines europäischen Konvents zu Staatsschulden ein, der über die Abschaffung des größten Teils der – untragbaren – Haushaltsschulden der überschuldeten Staaten entscheiden wird, zusammen mit geänderten Rückzahlungsbedingungen, wie der „Wachstums Klausel“.

-Frage der Unabhängigkeit und des Auftrages der Europäischen Zentralbank sowie der aktuellen Architektur des Euro und seiner Steuerung. Die EZB unter demokratische Kontrolle stellen und ihr die Macht des Kreditgebers in letzter Instanz geben, d.h. direkt an Staaten zu verleihen.

-Eine europäische öffentliche Bank und nationale öffentliche Bankzentren schaffen, um die Kriterien zur Finanzierung der Realwirtschaft zu ändern. Geld sollte nicht zur Spekulation genutzt werden, sondern um Arbeit, öffentliche Dienste und nützliche Produkte zu schaffen und den ökologischen Umbau einzuleiten.

-Das Steuersystem ändern, Kapitalsteuern in den verschiedenen Ländern generalisieren. Wir kämpfen für eine Abschaffung der giftigen Finanzprodukte und Steueroasen und für ein Ende aller Pläne zur Schaffung einer „Speziellen Wirtschaftszone“ auf europäischem Boden. Die Reichen sollen für die Krise zahlen!

3 – Respektierung der Volkssouveränität und der demokratischen Entwicklung

-Die Aufgabe Europa neu zu gründen, erfordert es, das vorgeschlagene alternative Modell als eine Möglichkeit, mit der gegenwärtigen Situation umzugehen, in den Vordergrund zu stellen, durch das die Mechanismen zur Annahme europäischer Entscheidungen durch demokratische Prozeduren, Mobilisierungen und sozialen Druck geändert werden müssen. Das sollte nicht mit nationalen Entscheidungen in Konflikt geraten, sondern die Annahme von Entscheidungen auf europäischer Ebene durch ein Europäisches Parlament mit vollen Macht- und Rechtsprechungs befugnissen ermöglichen.

Solch ein Modell wird den BürgerInnen den Zugang zu den Entscheidungsträgern ermöglichen, sowie ein multikulturelles Europa in Bezug auf individuelle Entscheidungen und gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen schützen. Ein Europa, das die Menschen mit der Umwelt versöhnen und eine neue „Charta der Grundrechte“ konstituieren wird.

Durch unser Agieren in den Institutionen und in den europäischen, lokalen, nationalen und internationalen Bewegungen und Foren kooperieren wir mit allen bereitwilligen linken und demokratischen Kräften, die sich gegen die Austerität richten und mit denen wir gemeinsame Ideen und Praktiken teilen.

- Die Macht in den Institutionen wieder ins Gleichgewicht bringen: den nationalen und europäischen gewählter Versammlungen Befugnisse geben. Die Europäische Kommission muss ihre Kompetenzen an die nationalen und europäischen Parlamenten überweisen und ihre Rolle auf die exekutiven Pflichten beschränken.
- Öffentliche Aktionen und partizipatorische Demokratie in Institutionen und Unternehmen entwickeln, einschließlich Geschlechterdemokratie durch verschiedene Aktionen und Maßnahmen, so wie Quotenpolitik, was zur realen und gleichen Repräsentation von Frauen führt.
- Ein besonderes Thema die neuen Tendenzen des regionalen Separatismus. Der Anerkennung der historischen Rechte von Völkern folgend, haben wir gelernt, wie komplex diese Themen sind und, entsprechend der zur Debatte stehenden Territorien, wie heterogen sie sein können. Daher die Notwendigkeit einer Fall zu Fall-Analyse und der Garantie einer umfassenden Debatte und friedlicher demokratischer Konsultation der betroffenen Völker.

4 - Frieden und Kooperation zwischen den Völkern

- Auflösung der NATO, Förderung von Abrüstung und Antikriegsaktionen, Abbau fremder Militärbasen auf EU-Territorium.
- Neue Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt – Sicherheit wird durch Entwicklung erzeugt.
- Verteidigung der Werte der Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit unter besonderer Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen während Kriegen und militärischer Besatzung.
- Abschaffung der Schengen- und Frontex-Abkommen
- Ablehnung des großen transatlantischen Marktes

Die Europawahlen: als eine Front gegen Austeritätspolitik vereinen!

Die EL schreibt den Europawahlen 2014 große Bedeutung zu. Angesichts von Wahlenthaltungen und dem geringen Vertrauen der europäischen BürgerInnen sieht sie diese Wahlen als eine Möglichkeit zur Politisierung europäischer Themen. In der gegenwärtigen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments dominieren die Kräfte des neoliberalen Konsenses.

Politischer Wandel ist dringend nötig. Wir sollten alles tun, um die Verantwortlichen der Krise und der Verschlimmerung der Situation zu überwältigen. Es ist daher notwendig, die Linke im Europäischen Parlament zu stärken, um die Unterstützung für alternative Projekte und die dahinter stehenden Kräfte zu erhöhen sowie dies sowohl innerhalb des Parlaments als auch außerhalb zu bewerben.

Die GUE/NGL ist die einzige Parlamentsfraktion, die gegen den Fiskalpakt gekämpft hat und die einzige, die in der Lage ist, eine Alternative der Linken in das Europäische Parlament zu tragen, und die gleichzeitig andere politische Möglichkeiten anbietet, wie dies bei ihren Praktiken der Fall ist, wo sie an Kämpfen teilnimmt und die Forderungen, die daraus entstehen, übermittelt.

Unser Ziel durch diese Kampagne ist die Bildung einer Koalition der Kräfte, die gegen die Austeritätspolitik sind und nach fortschrittlichen Lösungen der Krise suchen. Diese Kräfte sind zahlreich, aber wir wissen, dass sie uneinig und nicht leicht auf der politischen Ebene zusammen zu bringen sind. Die EL ruft zu breiter Fürsprache auf, für die Erstellung einer möglichst langen Liste um sich sowohl gegen Austeritätspolitik, als auch für eine linke Alternative zu vereinen.

Die EL drückt ihre Bereitschaft aus, einen konstruktiven Dialog mit den verschiedenen europäischen politischen Kräften zu etablieren, die sich gegen die gegenwärtige neoliberale

Ordnung stellen, was bei den Vorschlägen in ihrem Programm (Anhang 2) begann und sich entlang einem gemeinsamen antikapitalistischen Rahmen weiterentwickelt. Wir sollten in allen europäischen Ländern und auf europäischer Ebene die Ziele der Partei für die Neugründung und ihre konkreten Vorschläge sichtbar machen.

Die Zukunft der EL: eine neue Rolle, die es zu stärken gilt

Seit dem Parteitag in Paris ist die EL weit gekommen (siehe Anhang 2, politische Einschätzung der EL)

1 – Hin zu einer neuen kulturellen Hegemonie:

Es gibt noch viel zu tun, um eine Kehrtwende in der europäischen Politik glaubwürdig zu machen. Dies ist eines der Hauptziele der EL, was für uns heißt, einen linken Weg aus der Krise zu konstruieren, indem wir alle dafür nötigen verfügbaren Kräfte zunehmend zusammenbringen. Unser Ziel soll sein, die EL mehr denn je zu einer glaubwürdigen Kraft auf europäischer Ebene zu machen.

Unsere Strategie basiert auf vier Pfeilern:

a) Um als ein Werkzeug für das Zusammenführen von Aktivitäten der Europäischen Linken auf europäischer Ebene zu fungieren, ist eine der Stärken unserer europäischen Partei die politische Solidarität zwischen ihren Mitgliedern und Beobachtern. Wenn die Parteien wachsen, wächst die EL mit ihnen. Wenn sie scheitern, sollte sie solidarisch handeln. In den kommenden Jahren wollen wir diese Solidarität stärken, und auch konkretisieren und systematisieren. Wir wollen die Zusammenarbeit verstärken. Aus praktischer Sicht heißt das: unseren Plan für gemeinsame Aktionen ausbauen, europäische Kampagnen durchführen und alternative Information und Kommunikation unterstützen.

b) Wir wollen mit den europäischen, nationalen und regionalen Parlamentariern, im Rahmen der Parlacon, aber auch mit Parteien, die nicht unbedingt der EL beitreten wollen oder sich in Nicht-EU Staaten befinden, zusammenarbeiten. Wir arbeiten auch an der Erweiterung der Partei und haben uns als Ziele gesetzt: Die Stärkung der Verbindung zu den GUE/NGL Parteien, die nicht Mitglieder der EL sind, mit wichtigen politischen Parteien in anderen Ländern sowie die Präsenz der EL in allen europäischen Ländern. Wir wollen neu entstehende Parteien intensiv «beobachten», da es eine ganze Reihe von Ländern gibt, in denen linke Kräfte entweder entstehen, sich entwickeln oder sich reformieren.

c) Eine europäische Front als Ausdruck der Vereinigung von sozialen, gewerkschaftlichen, feministischen, kulturellen, ökologischen und politischen Kräften gegen antisoziale Maßnahmen bilden, um die Krise zu bekämpfen und Alternativen zu finden, die den Völkern dienen. Die EL hat beim AlterSummit, der in Brüssel organisiert wird, ihrer Beteiligung an den Kämpfen und dem europäischen Treffen der sozialen Bewegungen (zum Beispiel in Florenz im November 2012), und ihre Beteiligung am AlterSummit-Prozess, innerhalb der sozialen und Gewerkschaftsbewegungen Sichtbarkeit gewonnen. Wir wollen diese Beziehung des Vertrauens und der gemeinsamen Arbeit vertiefen, die zwar noch zerbrechlich ist, aber nun etabliert wurde.

d) Aktionen mit BürgerInnen durchführen, von der Nachbarschafts- bis hin zur europäischen Ebene. Obwohl die Europäische Bürgerinitiative von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde, halten wir an unserem Ziel fest, von europäischen BürgerInnen angeführte und mitkreierte öffentliche Kampagnen und Initiativen durchzuführen, um neue Formen der öffentlichen Teilhabe am politischen Leben zu schaffen.

Die EL drückt ihre Bereitschaft aus, die lokalen, nationalen und regionalen Solidaritätsnetzwerke zu fördern und zu stärken, so wie praktische Überlebensfähigkeiten verarmter Bürger, aber auch Werkzeuge, wie ein neues kollektives Bewusstsein gegen die neoliberale Orthodoxie des

Individualismus, Profits und Konsumismus.

2 - Welche Initiativen brauchen wir, um mit unserem Projekt, diese Kräfte zusammen zu bringen, erfolgreich zu sein?

Auf ihrem 4. Kongress hat die EL folgende Beschlüsse gefasst:

- ⤴ Ein jährliches "Europäisches Alternatives Forum" organisieren, das die wichtigsten linken politischen Kräfte, kommunal (lokal) gewählte Funktionäre, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Intellektuelle und Aktivistinnen und Aktivisten zusammenbringt. Dieses jährliche Treffen würde es der EL ermöglichen, einen Dialog zwischen diesen Kräften herzustellen. Die Idee ist, einen möglichst großen politischen Raum zu schaffen, um Vorschläge zu vertiefen und zu bereichern, um der EL auf europäischer Ebene größeren politischen Einfluss zu verschaffen. Wir planen das erste dieser Foren bis zum Herbst 2013, in der neuen politischen Landschaft nach den Europawahlen.
- ⤴ Jedes Jahr eine öffentliche Kampagne zu alternativen Vorschlägen zu organisieren, in die die Bürgerinnen und Bürger mit Formen direkter Partizipation (Bürgerwahl, lokale Referenden, ...) einbezogen werden, um an unserer Sichtbarkeit und an einer europäischen Bewusstmachung über die Themen zu arbeiten, die wir in den Vordergrund stellen wollen.
- ⤴ Politische Events in den Nachbarregionen unter Teilnahme von Parteien der EL und anderen Ländern organisieren.